

Ministerpräsidenten STRAUß (16,2 % der Täter, die durch Verbindungsaufnahmen ihr Ziel erreichen wollten) traten wie bereits 1984 die Mitarbeiter der Bayerischen Staatskanzlei [REDACTED] und [REDACTED] als Unterzeichner der Antwortschreiben in Erscheinung.

In Einzelfällen hatten die Politiker die Kontaktpartner aufgefordert, sie über den weiteren Fortgang der Übersiedlungsbestrebungen zu unterrichten. Teilweise erfolgte mehrfach Korrespondenz mit dem BMB bzw. den beauftragten Rechtsanwälten.

Die Ständige Vertretung der BRD in der DDR sowie die Botschaften der BRD in der CSSR, UVR, VR Bulgarien und VR Polen setzten 1985 unter Verletzung des Grundlagenvertrages zwischen der DDR und BRD sowie unter Mißachtung der Rechte und Pflichten diplomatischer Missionen ihre Einmischungshandlungen in die inneren Angelegenheiten der DDR fort.

In Wahrnehmung von Aufgaben, die der alleinigen Kompetenz der DDR obliegen, maßten sich diese diplomatischen Missionen der BRD auch weiterhin Hoheitsrechte und die Interessenvertretung hauptsächlich für solche Bürger der DDR an,¹ die beabsichtigten, ihren Staat nach dem kapitalistischen Ausland zu verlassen.

Die Botschaft der USA in der DDR unterstützte dabei die Ständige Vertretung der BRD in der DDR bei der völkerrechtswidrigen Interessenwahrnehmung für übersiedlungersuchende DDR-Bürger durch ein offensichtlich mit ihr abgestimmtes Vorgehen.

<u>1 Anzahl der Beschul-</u> <u>digten mit Verbindung zu</u>	<u>1984</u>	<u>1985</u>
Ständige Vertretung der BRD	491	54
BRD-Botschaft in CSSR	161	11
UVR	28	6
VR Polen	8	2
VR Bulgarien	3	4
USA-Botschaft in DDR	64	21